



KLUBMAGAZIN DER FPÖ KÄRNTEN

AUSGABE 8/2018



Stoppt SPÖ-„Pflanz“ der Kärntner Bevölkerung!

Wofür ist ein Fußball-Stadion da? Sicher nicht für ein „Kunstprojekt“, das zu einer monatelangen Sperre der Sportstätte führt. Doch die SPÖ Kärnten zeigt sich fest entschlossen, das Klagenfurter Stadion im Herbst 2019 völlig zweckwidrig nutzen zu lassen: 200 Bäume sollen in Töpfen aufgestellt werden und einen Wald vortäuschen. Die FPÖ Kärnten mit Parteichef Klubobmann Mag. Gernot Darmann an der Spitze protestiert gegen diesen „Pflanz“ der Kärntner Bevölkerung. Wie die überwiegende Mehrheit aller Kärntner kann er keinen Sinn in dieser Aktion erblicken. Die FPÖ Klagenfurt und er fordern: Dieses „Kunstprojekt“ muss sofort gestoppt werden!

Kein Steuergeld für „Stadionwald“!

Der Fußball rollt derzeit zur Freude von Hunderten Millionen bei der WM in Russland. Dass auch das Klagenfurter Stadion von dieser tollen Stimmung profitieren kann, zeigte sich vor der Weltmeisterschaft beim Testspiel gegen Deutschland.

Doch die SPÖ Kärnten will das Stadion im Herbst 2019 monatelang für Sportler sperren. Ein künstlich geschaffener Wald soll die Sportstätte verunstalten.

Klagenfurts Bürgermeisterin Maria Luise Mathiaschitz unterstützt dieses absurde Projekt eines Schweizer Kunstmanagers.

„Mit rund 61 % Waldanteil ist Kärnten nach der Steiermark das am stärksten bewaldete Bundesland Österreichs. Bei uns wird auch kein Raubbau am Wald wie etwa in Südamerika betrieben – vor dem man mit Projekten warnen müsste – sondern die Waldfläche wächst seit Jahrzehnten. Angesichts dieser Tatsache ist die 1,5 Millionen Euro teure Herstellung eines Waldes im Stadion kein Kunstprojekt, sondern einfach nur Schwachsinn“, betont FPÖ-Landespartei-VO Mag. Gernot Darmann.

Kritik übt er auch an SPÖ-Landeshauptmann Peter Kaiser: „Er begrüßt dieses Kunstprojekt und schließt nicht mal aus, dass es vom Land Kärnten subventioniert wird.“

Darmann warnt davor, dass der Steuerzahler für Folgeschäden am Stadionrasen samt Rasenheizung haften müsse. Da könnten Hunderttausende Euro an Kosten anfallen, ganz abgesehen von der monatelang fehlenden Nutzungsmöglichkeit des Stadions und des Aufwandes für eine Ersatzspielstätte für die Austria Klagenfurt, so Darmann. Die FPÖ werde daher entschiedenen Widerstand leisten. Klagenfurts Stadtparteichef StR Wolfgang Germ bereitet auch eine Unterschriftenaktion vor.

„Wir nehmen Kontrollauftrag ernst“

FPÖ- Initiativen in den ersten 75 Tagen

Als einzig wahre Oppositionspartei im Kärntner Landtag hat die FPÖ in den ersten 75 Tagen eine Vielzahl von Aktivitäten im Landesparlament gesetzt. Ihre neun Abgeordneten haben 40 Anträge gestellt – 6 davon dringlich – und 41 schriftliche Anfragen eingebracht, davon 4 dringlich.

„Wir nehmen den Auftrag der Wähler, die SPÖ-ÖVP-Regierung zu kontrollieren, sehr ernst, auch wenn uns SPÖ und ÖVP bei jeder sich bietenden Gelegenheit daran hindern wollen“, betonen Klubobmann Mag. Gernot Darmann und sein Stellvertreter Mag. Christian Leyrouz. „Wir nutzen alle parlamentarischen Möglichkeiten, die uns die Landesverfassung bietet!“

Dringlichkeitsanträge

Verringerung der Anzahl der Mitglieder in der Kärntner Landesregierung von 7 auf 5. Das von SPÖ und ÖVP vorgelegte Budget 2018 zeigt, dass LH Peter Kaiser und seine zwei Stellvertreterinnen Schaubig und Prettnner knapp 90 Prozent des Landesetats verwalten. Es ist nicht einzusehen, dass für die verbleibenden 10 Prozent vier Landesräte benötigt werden. Die beiden ÖVP-Landesräte administrieren 5,6 % des Haushaltes. Die 7 Regierungssekretariate kosten 6,7 Mio. € (1,3 Mio € die 7 Landesräte, 5,4 Mio € deren Sekretariate). Rund 1,5 Mio € könnte man durch eine Reduzierung auf 5 einsparen! SPÖ und ÖVP haben eine dringliche Behandlung abgelehnt und eine Behandlung des Antrages im Ausschuss bisher verweigert!

• Umsetzung eines Hotel- und Liftprojektes am Mölltaler Gletscher

SPÖ und ÖVP haben eine dringliche Behandlung abgelehnt und einen Beschluss im Ausschuss verweigert.

• Mehr Kontrollrechte für Opposition Änderung der Landesverfassung, der Geschäftsordnung des Landtages und des Untersuchungsausschussgesetzes, um die Kontrollrechte der Opposition (Akteneinsicht, keine Begrenzung von dringlichen Anfragen und Dringlichkeitsanträgen, Einsicht in ausgelagerte Gesellschaften) zu stärken

• **Mehr Wohnbaugeld für Kärntner!** Erleichterter Zugang für Kärntner Häuslbauer, um zu Zuschüssen aus der Wohnbauförderung für Wohneigentum bzw. Wohnhaussanierungen zu kommen.

Von SPÖ und ÖVP abgelehnt!

• **Verlängerung der am 15. Juni gestoppten Aktion „Kommunale Bauoffensive“**, in deren Rahmen Gemeinden Zuschüsse für Infrastrukturmaßnahmen erhalten.

Von SPÖ und ÖVP abgelehnt!

• **Nein zum roten Postenschacher!** SPÖ-Spitalsreferentin Beate Prettnner soll per Änderung des Gesundheitsfondsgesetzes zu zweierlei verpflichtet werden: die Geschäftsführer des Kärntner Gesundheitsfonds öffentlich auszuschreiben und die Bestgereichten bestellen und nicht mehr, wie sie es bisher tat, die hoch dotierten Funktionen an „rote“ Parteigänger ohne Kontrolle vergeben.

Von SPÖ und ÖVP abgelehnt!

Anträge

- Misstrauensvotum gegenüber LH Kaiser nach Diversion in der Causa Top Team
- Abhaltung eines Festumzugs im Rahmen der 100-Jahr-Feier zur Kärntner Volksabstimmung
- Regelmäßige Evaluierung und Reorganisation von Landesbeteiligungen
- Blaulicht für First Responder
- Keine Änderung der Landeshymne
- Neue Pflegeheime für die Bezirke Wolfsberg und Völkermarkt

Von SPÖ und ÖVP abgelehnt!



Das Landtagsteam der FPÖ: Klubobmann Mag. Gernot Darmann, KO-Stv. Mag. Christian Leyrouz, 3. LTPräs. Josef Lobnig, LAbg. Mag. Elisabeth Dieringer-Granza, LAbg. Bgm. Franz Pirolt, LAbg. Bgm. Hermann Jantschgi, LAbg. Harald Trettenbrein, LAbg. Bgm. Dietmar Rauter, LAbg. StR. Christoph Staudacher und BR Bgm. Josef Ofner

- Landesgesetzliche Fixierung des Schadensfonds für ganzjährig geschonte Wildarten
- Doppelförderungen abstellen – rasche Umsetzung einer Transparenzdatenbank!
- Prüfung der Wiedereingliederung des Landesmuseums in die Landesregierung
- Wiederbelebung Kärnten Airport
- Kärnten Werbung: Reorganisation
- Verunreinigung von Kärntens Gewässern durch Plastikteile
- Attraktive Schwerpunkte in landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen
- Reduzierung der Direktorenposten in den Landesgesellschaften
- Sofortige Umsetzung des Digitalfunks für alle Rettungsorganisationen

Dringlichkeitsanfragen

- An LH Peter Kaiser betr. rechtliche Probleme beim Ankauf des Vorlasses des Autors Josef Winkler durch das Land Kärnten
- An LR Sara Schaar betr. Mängel im Naturschutzgesetz bezüglich der Fischer.
- An LR Zafoschnig betr. Lithium-Abbau

Schriftliche Anfragen

An LH Peter Kaiser betreffend

- Änderung der Kärntner Landeshymne
- Montessori-Zweig der VS West in Spittal/Drau
- Diversionen im Landesdienst seit 2013
- Gewalttaten von Kindern und Jugendlichen an Kärntens Schulen
- Deutschkurse für Migranten (u.a. Kosten, wie viele Abbrecher gibt es)
- Welche Schulen werden geschlossen?
- Einsparungen VS Mallnitz

An LHStv. Gabriele Schaunig-Kandut betreffend

- Diversionen insbesondere jene der Geschäftsführer der LIG
- Beteiligungen des Landes Kärnten

An LHStv. Beate Prettnner betreffend

- Gutachten zu verendeten Rindern in Hüttenberg
- SeneCura Pflegezentrum Lurnfeld

An LR Daniel Fellner betreffend

- Sanierung der Landesalarm- und Warnzentrale
- Trinkwasserreserven sichern

An LR Sara Schaar betreffend

- Novelle Naturschutzgesetz im Rahmen der Angelfischerei
- Umsetzung Projekt „Mölltaler Gletscher“

An LR Martin Gruber betreffend

- Schutz vor der Gefährdung von Mensch und Tier durch eine unkontrollierte Ausbreitung von Großraubtieren
- Stand der Umsetzung Projekt „Radweg Spittal-Millstättersee“
- Linksabbieger für B95 bei Ratzenegg/Moosburg
- Lärmschutzmaßnahmen Vassacher Feld
- Kosten für die Kärnten-Delegation bei den Olympischen Winterspielen in Pyeongchang in Südkorea
- Kärnten Werbung: Wiederbelebung Slogan „Urlaub bei Freunden“

An LR Ulrich Zafoschnig betreffend

- Geplante Maßnahmen zur Senkung der Arbeitslosigkeit sowie Steigerung der Wirtschaftskraft und Schaffung von Arbeitsplätzen in allen Kärntner Bezirken
- Lithium-Abbau

Katastrophen-Opfer: Geldhilfe kommt spät

Jede Landtagssitzung beginnt mit einer Fragestunde. Dieses Instrument wird in erster Linie von den FPÖ-Landtagsabgeordneten genutzt.

LABg. Christoph Staudacher brachte dabei Spitalsreferentin Beate Prettnner mit der Frage in Erklärungsnot, warum durch monatelang verschleppte Verhandlungen rund um das Krankenhaus Spittal, die Zukunft dieser wichtigen Einrichtung im Gesundheitswesen offen bleibt. Von LH Kaiser wollte Staudacher wissen, wie er zur Zweckentfremdung des Klagenfurter Stadions für ein Kunstprojekt steht.

LABg. Harald Trettenbrein veranlasste LHStv. Prettnner zur Aussage, dass man mit der geplanten Privatisierung des Kindergartens im Klinikum Klagenfurt beim Personal sparen will. Er fragte Prettnner auch, warum von ihr im Zusammenhang mit dem Wegfall des Pflege-Regresses mehrere verschiedene Zahlen genannt wurden.

LABg. Franz Pirolt entlockte LR Fellner das Eingeständnis, dass Opfer von Naturkatastrophen mitunter ein Jahr lang auf Zahlungen des Nothilfswerkes warten müssen.

3. LTPräs. Josef Lobnig beschäftigte LH Kaiser mit Fragen zum dubiosen Ankauf des Vorlasses des Autors Josef Winkler und LHStv. Schaunig, warum viele Kärntner keinen Zuschuss zur Wohnhaussanierung bekommen.

LABg. Dietmar Rauter pochte mit einer Anfrage an LR Zafoschnig darauf, dass Anteile der Kärnten-Werbung auf die Kärntner Regionen übertragen werden.

LABg. Elisabeth Dieringer-Granza brachte LH Kaiser mit der Frage in Verlegenheit, wie es mit seinem Demokratieverständnis vereinbar sei, dass SPÖ und ÖVP die Opposition aus dem Theaterrausschuss entfernt hat.

FPÖ in der Regierung:

Erfolge sprechen für sich

Seit 6 Monaten ist die FPÖ in der Bundesregierung. Die Erfolgsbilanz kann sich sehen lassen: Das wurde in den ersten sechs Monaten erreicht:

1. 1.500 Euro mehr pro Jahr und Kind für Familien ab 1.1.2019

Familien erhalten einen Steuerbonus von bis zu 1.500 Euro pro Kind und Jahr

- 50.000 Familien und 70.000 Kinder in Kärnten werden ab 1.1.2019 profitieren.
- Das ist die größte Entlastung für Familien in der 2. Republik.
- Keine Lohnsteuer für Alleinerzieherin mit einem Kind, deren Netto- Monatslohn zwischen 1.050 und 1.350 Euro netto liegt.
- Geringfügige Verdiener, welche keine Steuer zahlen, erhalten pro Kind einen Bonus von 250 Euro im Jahr.

2. Entlastung durch Senkung der Arbeitslosenversicherungsbeiträge:

Ab 1. Juli 2018 profitieren alle, die bis 1.948 Euro brutto pro Monat verdienen.

- Im Schnitt 310 Euro mehr pro Jahr für 50.000 Kärntner

3. Mehr Chancen für Kinder.

Deutschförderklassen verbessern die Sprachkompetenz der Kinder, erleichtern damit deren Integration und erhöhen deren Erfolgchancen.

4. Lehrlingsoffensive sichert Fachkräfte für die Zukunft

- 7 neue und 6 modernisierte Lehrberufe mit Fokus auf Digitalisierung für rund 2.000 Lehrlinge – Start im Herbst 2018.

5. Entlastung für Tourismus – MwSt-Senkung von 13 % auf 10 %:

4. 000 Betriebe in Kärnten profitieren von der MwSt-Senkung von 13 auf 10 %.

6. Keine neuen Schulden

Erstmals seit 1954 wird der Bund 2019 weniger ausgeben als er einnimmt.

7. Pflege-Regress abgeschafft

Das ungerechte System, dass Pflegebedürftige mit ihrem Vermögen Heimkosten finanzieren müssen, wurde beseitigt. Der Bund unterstützt Kärnten mit bis zu 20 Mio. Euro, abhängig davon, wie viele

Menschen in einem Heim betreut werden, die früher ihr Vermögen dafür einsetzen hätten müssen (Selbstzahler).

8. Mehr Sicherheit

Bis Ende 2022 wird es 2.100 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten auf der Straße und 2.000 Polizisten zusätzlich in Ausbildung geben.

9. Kampf gegen Asylmissbrauch.

Künftig können Handydaten zur Feststellung von Identität und Reiseroute ausgewertet werden

- Asylwerber mit großen Mengen Bargeld sollen einen Beitrag zur Grundversorgung leisten. Damit straffällige Asylwerber nicht untertauchen können, wurden die Kriterien für eine Schubhaft verschärft.

10. Kampf dem politischen Islam.

Islamgesetz wird erstmals konsequent umgesetzt: 7 Moscheen werden geschlossen, bis zu 60 Imamen droht die Ausweisung.

11. Mehr Gerechtigkeit

Anpassung der Familienbeihilfe und des Kinderabsetzbetrages an das Preisniveau des Wohnstaates der Kinder. Die Indexierung tritt 2019 in Kraft treten.

12. 2.500 Vorschriften fallen weg

Bundesgesetze und Verordnungen, die vor dem 01.01.2000 kundgemacht wurden, werden Ende 2018 automatisch außer Kraft gesetzt – außer es wird nachgewiesen, dass man sie weiter braucht.

13. Für starken Wirtschaftsstandort

Bürokratieabbau für Unternehmen durch den Entfall von Genehmigungsverfahren. 1.000 Verfahren pro Jahr fallen weg, rund 18.000 Betriebe profitieren.



Die nächsten Ziele:

1. Klare Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern. Der Verfassungsartikel 12, der gemischte Zuständigkeiten regelt, wird abgeschafft.

2. Kopftuchverbot in Kindergärten und Volksschulen – Kinderschutzgesetz: Neutrale und konfliktfreie Betreuung in Kindergärten und Volksschulen im Einklang mit unseren Werten schützt vor Stigmatisierung

3. Mindestsicherung neu: Für mehr Gerechtigkeit – Bundeseinheitliche Lösung der Mindestsicherung

- Wer lange Steuern und Sozialbeiträge eingezahlt hat, bekommt auch mehr heraus.
- Wer die volle Mindestsicherung will, muss ausreichend Deutsch können.
- Alleinerziehende erhalten zusätzlich für jedes minderjährige Kind einen Bonus.

4. Pensionsbonus: Mindestrente von 1.200 € netto nach 40 Beitragsjahren

- Wer über 30 Jahre gearbeitet hat, soll in Zukunft eine Erhöhung des Richtsatzes auf über 1.070 Euro netto pro Monat erhalten.

5. Krankenkassen-Reform: SV-Zusammenlegung: maximal 5 statt bisher 21 Träger

6. Mehr Spielraum bei Arbeitszeit:

4 Tage Woche wird erstmals gesetzlich ermöglicht. Die gesetzliche Normalarbeitszeit von 8h am Tag und von 40h die Woche bleiben. Im Durchrechnungszeitraum von 4 Monaten darf wie bisher im Durchschnitt nicht länger als 48h Höchstarbeitszeit pro Woche geleistet werden. Die Einteilung dafür wird jedoch freiwillig und flexibler. Es wird möglich, freiwillig länger zu arbeiten – maximal 12 Stunden pro Tag, um damit mehr zu verdienen oder längere Freizeitblöcke zu erzielen.

- Erstmals erhält der Arbeitnehmer ein „einseitiges persönliches Ablehnungsrecht“. Er kann die 11. und 12. Arbeitsstunde am Tag grundsätzlich ablehnen. Eine Entkriminalisierung von freiwilliger Mehrarbeit findet statt.